Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 59 (1980)
Heft: 1

Artikel: Illusionen auf der Schulbank
Autor: Hartmann, Horst
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-347672

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Horst Hartmann

Illusionen auf der Schulbank

In der Bundesrepublik entzünden sich die Geister mit schöner Regelmässigkeit am Thema Wiedervereinigung oder – wie die schöne Formel seit Adenauers Zeiten lautet – der Wiedervereinigung in «Frieden und Freiheit». Derartige Debatten ähneln den Sandkastenspielen pensionierter Generale, die verlorene Schlachten wenigstens nachträglich gewinnen wollen. Gegenwärtig gibt es nämlich nicht den geringsten Anlass, derartige Debatten zu führen, weil weder der Westen damit einverstanden wäre, die BRD aus ihren Nato-Verpflichtungen zu entlassen, noch die Sowjetunion bereit wäre, ihren Einfluss auf die DDR aufzugeben.

Der als vorurteilslos gegenüber der Moskauer Politik geltende Berliner FDP-Politiker William Borm hat sich kürzlich gegen «Tabus und Denkverbote» in der Deutschlandpolitik gewandt. Er sprach von einer «Neuvereinigung» statt einer Wiedervereinigung, die nach gültigem Sprachgebrauch die Angliederung der DDR an die BRD bedeuten würde. Denn die konservativen Wiedervereinigungsapostel vergessen stets, darauf hinzuweisen, dass selbst DDR-Bürger, die der SED durchaus kritisch gegenüberstehen, nicht an eine Privatisierung der verstaatlichten Industrie und an einen Abbau der Sozialleistungen denken. Borms Engagement war gut gemeint, ändert aber nichts daran, dass gegenwärtig keine Ansatzpunkte für eine Veränderung des deutsch-deutschen Verhältnisses bestehen. Wenn derartige Debatten dennoch mit Leidenschaft geführt werden, entsteht dabei lediglich ein negativer Effekt für die Bundesrepublik. Im Ausland ist die Angst nie ganz verschwunden, Bonn könnte sich eines Tages mit Moskau auf Kosten des Westens arrangieren und damit das europäische Gleichgewicht entscheidend verändern. Und es gibt Anzeichen dafür, dass derartige irrational zu nennende Ängste auch im kommunistischen Machtbereich existieren, beispielsweise in Polen, trotz der Anerkennung der Oder-Neisse-Linie durch Bonn.

Als sich der erste westdeutsche Bundeskanzler, Konrad Adenauer, dem Berlin und die Preussen schon vor 1933 nicht recht geheuer erschienen, zur einseitigen Westorientierung entschloss, beschleunigte er damit eine Entwicklung, die zum Verlust der deutschen Einheit führen musste. Sein bereits 1950 erfolgtes Angebot an die Westalliierten, deutsche Truppen aufzustellen, war ein Affront gegen die Sowjetunion. Adenauer und seine Partei gaben sich der Täuschung hin, die militärische Allianz der Bundesrepublik mit Washington könnte die Sowjetunion einschüchtern und veranlassen, ihre Einflusszone zu räumen. Diese von der sozialdemokratischen Opposition erbittert bekämpfte Vorstellung erwies sich als verhängnisvolle Illusion, zumal es Adenauer in seiner Verblendung 1952 ablehnte, über das sowjetische Angebot, einen Friedensvertrag mit einem deutschen

Einheitsstaat zu schliessen, wenn dieser deutsche Staat keinem gegen die Sowjetunion gerichteten Militärbündnis beitreten würde, auch nur zu verhandeln. Der Tag wird kommen, an dem unbefangene und nicht der Union verpflichtete Historiker Adenauer weitaus negativer beurteilen, als dies heute üblich ist, nämlich als Totengräber der deutschen Einheit!

Statt ihren verhängnisvollen Irrtum einzusehen, haben CDU/CSU in den vergangenen Jahren immer wieder in demagogischen Angriffen auf die SPD und vor allem auf die Person Herbert Wehners zu unterstellen versucht, die Sozialdemokraten wollten die Bundesrepublik neutralisieren oder sogar einseitig an Moskau binden. Die Union konnte sich bis heute nicht damit abfinden, dass Adenauers Politik scheiterte, weil die USA ein Arrangement mit der Sowjetunion zur Verhinderung eines Atomkrieges hundertmal wichtiger war als eine Auseinandersetzung wegen der deutschen Wiedervereinigung.

«Gesinnungsunterricht» in westdeutschen Schulen?

Einige Etagen tiefer, im Bereich von Unterricht und Kultus, klammert sich die ständige Konferenz der Kultusminister der Bundesländer an das Gebot des Grundgesetzes, in dem das deutsche Volk aufgefordert wird, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Die Ministerkonferenz hielt es deshalb für richtig, einen Beschluss unter dem Titel «Die deutsche Frage im Unterricht» zu verabschieden. Alle von den Ministern zitierten Entschlüsse, wohlmeinende Formeln bleiben aber irreal, sie dienten und dienen dazu, die Erkenntnis zu überspielen, dass in dieser Generation eine Wiedervereinigung nicht mehr zu erwarten ist. Wohltuend und nüchtern klingen allein die Worte von Bundeskanzler Helmut Schmidt vom 17. Juni 1977: «Die deutsche Frage ist offen; erst die zukünftige Geschichte wird über die Antwort entscheiden . . .»

Um nun die Jugend mit den Problemen der Teilung vertraut zu machen, entstand dieser Beschluss, der angeblich die Verantwortung für die Wiedervereinigung wachhalten soll. Dabei bedienen sich die Verfasser einer oberflächlichen, historisch ungenauen Interpretation und treffen politische Bewertungen, die bis heute umstritten sind. Sie drängen in Richtung einer nationalen Einheitsmeinung und müssen sich deshalb mit Recht den Vorwurf gefallen lassen, einen «Gesinnungsunterricht» vorzuschreiben, wie Professor Arno Klönne, Professor für Sozialwissenschaften an der Gesamthochschule Paderborn, feststellte. Nun klingt es zwar recht treuherzig, wenn die Minister sich auf den sattsam bekannten Allgemeinplatz berufen, es wäre kaum realistisch, «von unseren Verbündeten in der deutschen Frage ein Engagement zu erwarten, das grösser ist als unser eigenes». Mit anderen Worten: Die BRD muss den Finger in die offene Wunde legen, anstatt sich darum zu bemühen, dass diese Wunde vernarbt. Die Frage muss erlaubt sein, ob ein guter Arzt einen Kranken zum Patienten auf

Lebenszeit machen soll oder ob er ihn kuriert, auch wenn damit gesundheitliche Nachteile für die Zukunft verbunden sein können.

Die Minister räumen zwar verschämt ein, dass im westlichen Lager dem «Wiedervereinigungsanspruch» – ein Rechtstitel, der vor keiner irdischen Instanz einklagbar ist – mit «Zurückhaltung» begegnet wird. Doch über die Gründe für diese Haltung schweigen sie sich wohlweislich aus, weil sie sonst ihre nationalen Theorien widerlegen müssten. Die Ursachen der deutschen Teilung werden recht einseitig interpretiert, etwa nach der Primitivformel: Der Westen ist gut, der Osten ist böse. Tatsächlich waren sich die westlichen Siegermächte 1945 darüber einig, Deutschland in Interessensphären zu teilen, und der berüchtigte Morgenthau-Plan, der Deutschland in einen Kartoffelacker ohne Industrie verwandeln sollte, ist schliesslich in den USA ausgeheckt worden. Erst die Differenzen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion beschleunigten die Vereinigung der Westzonen und die Entstehung der BRD. Anderseits war Moskau zunächst daran interessiert, die Einheit Deutschlands zu erhalten, nicht zuletzt deshalb, um sich Reparationsleistungen aus den Westzonen zu sichern. Doch angesichts der Entwicklung in der SBZ sorgte sich vor allem die US-Militärregierung um die Erhaltung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse zugunsten des Privatkapitals, zumal in der westdeutschen Industrie die amerikanischen Beteiligungen recht beachtlich waren.

Das Interesse der USA an der Entnazifizierung und Umerziehung liess immer mehr nach. Was im Rahmen dieses Kurswechsels alles möglich war, zeigt die Tatsache, dass der US-General Clay die zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte KZ-Aufseherin Ilse Koch aus Buchenwald, die Lampenschirme aus Menschenhaut herstellen liess, zu vier Jahren Haft begnadigte, von denen bereits drei Jahre verbüsst waren. Der später als Springer-Kolumnist unrühmlich hervorgetretene damalige US-Offizier Hans Habe erklärte, man habe die SPD übersehen und zu spät erkannt, dass die CDU ein Sammelbecken von Nationalisten geworden wäre. Die Teilung Deutschlands gab den restaurativen Kräften in der Bundesrepublik grossen Auftrieb: Die von der Wehrmacht verübten Kriegsverbrechen galten angesichts der Remilitarisierung als Tabu, und die SPD hatte längst ihre Wählerhochburgen in Mitteldeutschland verloren, nachdem sie Blutspenderdienste für die SED leisten musste. Doch diese Entwicklung ignorieren die Kultusminister geflissentlich. Statt dessen propagieren sie eine bundesdeutsche Staatsräson. Man hat den Eindruck, als wenn sie während der Konferenz eine Kiste mit Dynamit in einem Schreibtisch versteckt hätten, die die Aufschrift «Wiedervereinigung» trägt. Einige Herren mögen insgeheim hoffen, das Dinge möge irgendwann einmal in die Luft fliegen. Erstaunlich bleibt, dass mit diesem Beschluss auch sozialdemokratische Minister auf derartige pseudonationale Interpretationen der Zeitgeschichte eingegangen sind. Denn auf die tieferen Ursachen der Spaltung Deutschlands, also die Diktatur des Faschismus, wird nur unzuläng-

lich hingewiesen. Verwunderlich erscheint bereits die wertneutrale Formulierung von der «nationalsozialistischen Herrschaft».

Selbstmitleid hilft nicht weiter

Sie konzentrieren sich darauf, auf die Folgen dieser Gewaltpolitik hinzuweisen, nämlich die Vertreibung von Flüchtlingen aus den deutschen Ostgebieten. Man suggeriert der Jugend damit ein einseitiges Geschichtsbild. Eine junge Generation, der die Brutalität der deutschen Besetzung in Ost und West nicht bekannt ist, wird nicht begreifen können, warum noch immer Ressentiments gegenüber den Deutschen im Ausland bestehen, und deshalb mit nationalem Trotz reagieren. Offenbar ist das beabsichtigt, denn in dem Beschluss wird die neue Linie der CDU/CSU erkennbar, den «jungen Menschen das Bekenntnis zur deutschen Nation zu vermitteln». Zu erinnern wäre anderseits daran, dass der preussische Einheitsstaat von 1871 keineswegs den Vorstellungen der demokratischen Tradition von 1848 entsprach. Er verdankte sein Entstehen nicht nur einer im Innern und Äusseren militaristisch-autoritären Politik – die Sozialdemokraten mussten sich im Kaiserreich als «vaterlandslose Gesellen» bezeichnen lassen –, sondern auch der Trennung von Österreich. Die Minister reden einer Einheit das Wort, ohne diesen Begriff historisch zu werten und mit demokratischen Massstäben zu messen. Die Gefahr liegt nahe, dass bei unzureichend informierten Jugendlichen der Begriff Einheit eine Bedeutung erhält, bei dem die Unterscheidung unterschiedlicher Staatsformen keine Rolle mehr spielt.

Um das wenigstens für die Gegenwart zu vermeiden, wird die Deutschland-Politik der DDR angegriffen. In dem Beschluss lässt die Interpretation der Gegensätze zwischen Bonn und Ostberlin keine noch so bescheidenen Ansatzpunkte für eine Verständigung, beispielsweise eine Konföderation beider deutscher Staaten, zu. Dadurch wirkt die Beschwörung der deutschen Nation um so gespenstischer. Wer nur das Trennende sehen will und sich jeder Kritik der eigenen Position enthält, bleibt einseitig, tendenziös. Auch die berechtigte Ablehnung bestimmter DDR-Praktiken, wie der Ablehnungspolitik und der Theorie von einer sozialistischen deutschen Nation, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die eigene Forderung, den Unterricht «von apologetischen und polemischen Tendenzen» freizuhalten, ins Gegenteil verkehrt wird. Das propagierte «gesamtdeutsche Bewusstsein» bleibt eine hohle Wortblase.